

581/A(E) XXIII. GP

Eingebracht am 31.01.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

Dringlicher Antrag

Gem. § 74 a Abs. 1 iVm § 93 Abs. 1 GOG-NR

der Abgeordneten Rosenkranz

und weiterer Abgeordneter

betreffend die katastrophale Zuwanderungspolitik der österreichischen Bundesregierung und die beängstigende Kriminalitätsentwicklung

1. Zuwanderung

Von den rund 8,299 Millionen Einwohnern Österreichs kamen rund 15% (1,236 Millionen) im Ausland zur Welt. Insgesamt gab es in Österreich zu Jahresbeginn 2007 rund 1.353 Millionen Menschen bzw. 16% der Gesamtbevölkerung (Vergleichszeitraum 2001: 1.119 Millionen bzw. 14%), die entweder selbst oder - falls im Inland mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit geboren - deren Eltern aus dem Ausland zugewandert waren.

Wortwörtlich heißt es im Integrations-/Expertenbericht: „Österreich ist ein weltoffenes Land, in dem rund 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben.“ Diese Zahlen sind jedoch irreführend, da der Begriff Migrationshintergrund falsch verwendet wird.

Die Statistik Austria erhebt eine Statistik über den Migrationshintergrund. Diese Statistik umfasst somit Personen, welche im Ausland geboren wurden, sowie jene, die zwar im Inland zu Welt kamen, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Dies ist jedoch unvollständig, da Kinder von Ausländern nur so lange als Personen mit Migrationshintergrund erfasst sind, bis sie eingebürgert werden. Diese Personen waren selbst Ausländer und weisen nach ihrer Einbürgerung nicht einmal mehr einen Migrationshintergrund auf. Die Kinder von eingebürgerten Personen werden in dieser Statistik überhaupt nicht erfasst. Somit ist die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund bei weitem höher als 1,4 Millionen.

„Bis zum Jahr 2007 ist der Ausländeranteil leicht auf 10 % gestiegen, der Anteil der 'foreign born' auf 14,9 % und der von Personen mit Migrationshintergrund auf etwa 19 %“, so Günther Simonitsch und Gudrun Biffl im 2. Kapitel des Integrations-/Expertenberichts. 19 % wären somit aber 1,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund und nicht 1,4 Millionen Personen.

Dennoch sind 1,4 Millionen Menschen genau so viele Personen, wie die Bundesländer Burgenland, Salzburg und Kärnten gemeinsam Einwohner haben! Mit anderen Worten: Wir haben uns quasi drei neue Bundesländer geschaffen.

„Österreich zählt in Europa zu jenen Staaten, welche die höchsten Zuwanderungsrate verzeichnen. Knapp ein Fünftel (19 %) aller Zuwanderinnen aus dem Ausland sind Angehörige eines anderen EU-Staates. Die Zuwanderung aus den ehemaligen »GastarbeiterInnenstaaten« wird insbesondere durch Familienmigration getragen,“ so Gustav Lebhart im 2. Österreichischen Migrations- und Integrationsbericht.

Die Presse vom 14. Mai 2007 im Interview mit Prof. Heinz Fassmann:

„Presse: Ist die Zuwanderung rein volkswirtschaftlich ein Gewinn?“

Fassmann: Eine Zuwanderung, die einen hohen Anteil an Familienmitgliedern enthält, ist hingegen volkswirtschaftlich weniger vorteilhaft.

.....
Mit der Familienzusammenführung gibt es keine zielgenaue Zuwanderung mehr, die den Interessen des Arbeitsmarkts angepasst ist. Das ist auch der Unterschied zu den vergangenen Jahrzehnten. In den 60er und 70er Jahren war die Arbeitslosigkeit der Zuwanderer immer geringer als die der einheimischen Bevölkerung. Das hat sich in den letzten Jahrzehnten gedreht. Das ist der Preis, den wir dafür zahlen müssen, dass wir keine wirkliche nachfrageorientierte Zuwanderung mehr haben.

.....
Die Zahl derer, die auf die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarkts hin, gesteuert zuwandern, sind lediglich 1.000 bis 5.000 Personen pro Jahr. ...“

Das alles bestätigt auch ein Artikel in der Kronenzeitung vom 29. Dezember 2007, in dem es heißt: „Seit 1980 beträgt der Anteil qualifizierter Zuwanderer in Australien 80%, in Kanada weit über 90%, in England 75%, in den USA 50%. Österreich brachte es, so wie Deutschland, nur auf 10% ausgebildete Einwanderer. Das bedeutet, dass Österreich einen Zustrom von Hunderttausenden wahllos zugewanderter bildungsferner und kulturfremder Migranten verkraften muss. Das ist menschlich impionierend, die Kosten dafür aber auch. In den Schulen sitzt ein erheblicher Teil „unbeschulbarer“ Jugendlicher (so nennen das die Deutschen). Für die Folgen der ausufernden Kriminalität (mehr Polizei, Gefängnisse, Gerichte) muss die eingesessene Bevölkerung ebenso aufkommen wie für verbreiteten Sozialmissbrauch und Arbeitslosigkeit.“

Als Beispiel sei hier ein Fall aus der Kronenzeitung vom 10. Dezember 2007 angeführt: „Erschütternder Fall von Gewalt in einer Schule in Niederösterreich: Wegen angeblich ausländerfeindlicher Aussagen wurde ein Bub von 15 Albanern, Serben und Tschetschenen aus seiner Klasse in den Keller gezerrt. Dort prügeln die Jugendlichen so lange auf ihr Opfer ein, bis es blutend am Boden lag. Auch eine Mitschülerin, die dem 14-Jährigen helfen wollte, wurde schwer misshandelt. Der Haupt verdächtige, ein junger Serbe, sitzt in Haft. Schon seit längerem schwelt an der Theodor-Körner-Hauptschule in St. Pölten der Konflikt zwischen Inländern und den Kindern von Serben, Albanern sowie jenen von tschetschenischen Asylwerbern. „Der Bub wurde vor den Augen von Lehrern und 100 anderen Schülern in den Keller des Hauses gezerrt“, schildert ein geschockter Vater den Ausbruch der Gewalt. ...“

Am gravierendsten ist dies bei den Kindern in der Volksschule zu erkennen. Nach Schulstufen aufgegliedert kommt man für Wien zu dem Schluss, dass die heimische autochthone Bevölkerung in der 1. Schulstufe (hauptsächlich 6 Jährige) unter Einbeziehung der Sonderschulen schon im vergangenen Schuljahr (Beginn September 2006) in der Minderheit war. Der Anteil der Schüler nichtdeutscher Muttersprache in

der 1. Schulstufe der VS lag im September 2006 bei 49,8%. Bei sinkenden Anteilen an ausländischen Schülern steigt der Anteil an Schülern nichtdeutscher Muttersprache. Es ist nicht möglich eine Integration einer Mehrheit in eine Minderheit zu gewährleisten. Die Forderung nach Integration ist also für den Wiener Bereich mit der Forderung nach einem Zuwanderungsstopp gleichzusetzen.

Eines ist leider Realität: Es handelt sich beim Zuzug nicht primär um hochqualifizierte Kräfte, die wir möglicherweise dringend benötigen würden, sondern es handelt sich in weiten Bereichen um einen Zuzug in unser Sozialsystem, um einen Zuzug in die Arbeitslosigkeit, wie dies auch der Integrationsbericht beispielhaft festhält.

Die Kosten für diese unverantwortliche Zuwanderungspolitik steigen von Jahr zu Jahr drastisch an, ein Nutzen für Österreich ist nicht gegeben. Der Bericht selbst kommt in allen Bereichen zum Schluss, dass Österreich Geld investieren muss, das Geld der Steuerzahler, um die Immigration überhaupt erst nützlich machen zu können!

Die betriebene Einwanderungspolitik ist grob fahrlässig, denn eine geringere Zahl an Ausländern integriert sich schneller und leichter, als wenn die Gesamtzahl der Fremden im Land zu groß ist. Je mehr Ausländer im Land sind, desto weniger ist die Integration von ihnen zu erwarten. Damit droht Österreich umgekehrte Assimilation.

Laufend beweisen uns Beispiele aus dem täglichen Leben, dass Integration nicht funktioniert. Plakativ seien hier nur zwei Beispiele gebracht: Kronenzeitung, 27. Juni 2007: „*Massenschlägerei unter 40 Ausländern Montagabend in St. Pölten: Mit Sesseln und Feuerlöschern bewaffnet, gingen Tschetschenen und Türken aufeinander los. Zwei Polizisten und sechs Raufbolde wurden verletzt. Auslöser des Konflikts: Blutrache nach einem Streit unter Buben! Schon Dienstagnachmittag folgte dann ein Rache-Tumult.*“ Und ebenda: „*19 Funkstreifen waren vor Ort, bürgerkriegsähnliche Szenen haben sich abgespielt, Schwarzafrikaner prügeln aufeinander ein, Tobende konnten nur mit Mühe von der Polizei zur Räson gebracht werden: Das war der Abend des 22. Juli 2007 in Wien-Simmering.*“

Die Schöpfer der Menschenrechts-Architektur und des nach dem NS-Schrecken bewusst großzügig gestalteten Asylrechts hatten einst vieles nicht im Sinn gehabt: Sie wollten mit dem Schutz des Privat- und Familienlebens keine Hintertür zur beliebigen Immigration öffnen. Sie wollten schon gar nicht die Massen aus verarmten Dritt Weltländern anlocken. Sie wollten auch nicht die schmierigen Geschäfte von Schleppern honorieren. Und sie haben keineswegs daran gedacht, dass ausgerechnet Österreich das Asylrecht großzügiger ausbauen würde als fast alle anderen Länder der Welt - was bis zur Verschärfung des Fremdenrechts ja nachweislich der Fall gewesen ist (wobei Österreich übrigens immer noch zur großzügigen Hälfte Europas zählt).

Keinesfalls war gewollt, dass die vorhandenen Ressourcen von Scheinasylanten aufgebraucht werden und für tatsächlich Hilfesuchende keine Möglichkeit mehr besteht Asyl zu genießen. Daher ist es unbedingt erforderlich, dass sich Österreich endlich zu einer restriktiven Einwanderungspolitik bekennt und diese auch tatsächlich vollzieht.

2. Kriminalität:

Nach Berichten des Bundesministeriums für Inneres sei es zum Glück gelungen, den „Anstieg der Kriminalität zu bremsen“:

Angezeigte Fälle	1998	2006	2007	Veränderung zu 2006 in %
Burgenland	11.168	10.175	10.665	4,82
Kärnten	28.202	31.544	32.048	1,60
Niederösterreich	74.018	84.287	86.569	2,71
Oberösterreich	68.294	75.238	80.548	7,06
Salzburg	33.386	35.880	35.781	-0,28
Steiermark	53.678	65.216	62.336	-4,42
Tirol	41.639	47.695	49.196	3,15
Vorarlberg	15.906	20.845	22.406	7,49
Wien	153.572	218.615	214.691	-1,79
ÖSTERREICH	479.859	589.495	594.240	0,80

Betrachtet man die Kriminalstatistik der letzten zehn Jahre, so erkennt man aber gleich einen enormen Anstieg der Kriminalität. Für das Jahr 1998, das Jahr seit dem Österreich das Schengener Abkommen anwendet, gab es laut Kriminalstatistik 479.859 angezeigte Fälle. Im Jahre 2000 waren es ca. 520.000, im Jahre 2002 über 590.000, im Jahre 2004 mehr als 643.000 und 2007 wieder fast 595.000 angezeigte Fälle. Die Anzahl der fremden Tatverdächtigen im Verhältnis zur Gesamtsumme der Tatverdächtigen wächst nach wie vor stetig. 67.419 polizeilich ermittelte Tatverdächtige waren 2006 Fremde.

Die Schengen-Erweiterung brachte augenscheinlich doch nicht den propagandierten Erfolg. Die organisierte Kriminalität aus dem Osten treibt nach wie vor ungeniert ihr Unwesen in Österreich. Das Bundesheer muss sich von der eigentlichen Grenzüberwachung zurückziehen und wird zum Hilfspolizisten degradiert, da der Bundesminister für Inneres die unbedingt notwendige Aufstockung der Anzahl von Exekutivbeamten nicht für sinnvoll hält. Im Gegenteil, die Statistiken werden geschönt, Berichte wie der Sicherheitsbericht 2006 werden erst Ende Jänner 2008 vorgelegt und Jubelmeldungen über sinkende Kriminalitätszahlen ausgebracht.

Nicht alle sind derselben Meinung wie zum Beispiel auch der Koalitionspartner. Dies geht aus einer Meldung der Austria Presseagentur unter APA253 vom 21. Jänner 2008 hervor:

*„Schengen-Erweiterung - Niessl kritisiert ‚Schönfärberei‘
Kritik an der Einschätzung der Sicherheitslage durch Exekutive und Innenministerium nach der Schengen-Erweiterung im Burgenland hat heute, Montag, Landeshauptmann Hans Niessl (S) geübt. In vergangenen Tagen habe es ‚Jubelmeldungen‘ über einen Rückgang der Kriminalität seit dem 21. Dezember gegeben. Laut Kriminalitätsstatistik seien die strafbaren Handlungen im Dezember 2007 jedoch um 11,4 Prozent angestiegen, sagte Niessl bei einer Pressekonferenz in Eisenstadt.“*

Die Kronenzeitung berichtete am 21. Jänner 2008: *„Kriminelle kommen über offene Grenzen. Die schlimmsten Befürchtungen seit dem Wegfall der Grenzen - sie werden wohl zur traurigen Realität! Nicht nur die Menschen im Burgenland und in Niederösterreich sind mit einem neuen Ansturm an Ladendieben, Automardern und Räubern konfrontiert, auch in Wien nehmen Wohnungseinbrüche wieder überhand.“*

Die Austria Presseagentur berichtete am 24. Jänner 2008 folgendes:

„Drei unbekannte Täter sind Mittwochabend in ein Einfamilienhaus in Graz eingebrochen und haben die Hausbesitzerin gefesselt. Wie die Sicherheitsdirektion Steiermark mitteilte, wurde die 41-Jährige gezwungen, Bargeld und Schmuck auszuhändigen, ehe man sie mit Krawatten an einen Sessel band.“

Laut Personenbeschreibung sprachen die Räuber Deutsch mit ausländischem Akzent. Die Täter könnten sich untereinander eventuell kroatisch unterhalten haben. In der jüngeren Vergangenheit hat es in Graz und in der Steiermark wiederholt Einbrüche gegeben, wo bewusst zum Tatzeitpunkt bewohnte Objekte ausgesucht wurden." Solche Meldungen sind beinahe täglich in allen Medien zu finden. Die Zahl der Opfer nimmt jeden Tag zu. Die österreichische Bevölkerung lebt laufend in der Angst selbst Opfer solch dreister Verbrecher zu werden! Der zuständige Bundesminister aber negiert diese Probleme, freut sich, dass der Anstieg der Kriminalität gebremst wurde und belegt dies mit geschönten Statistiken.

Doch auch polizeiintern ist der Jubel ob der Schengenöffnung getrübt. Die Tageszeitung Heute berichtete am 22. Jänner 2008:

„Die noch viel zu laschen Kontrollen an den neuen Schengen Grenzen der EU machen's möglich: In den kommenden Wochen erwarten Fahnder eine neue Flut an Kriminellen, Zehntausende sollen es sein. Ein Wiener Ermittler: „Wir wurden vorgewarnt, dass die Zahl der Reisepass-Anträge in Ostländern zuletzt explosionsartig angestiegen ist. Allein in Rumänien sollen es mehr als 600.000 sein. Es wird die erste große Bewährungsprobe für die Schleierfahndung, die seit der Grenzöffnung aktiv ist. Polizeigewerkschafter befürchten aber, dass die Exekutive den Verbrechern wenig entgegenzusetzen hat. Grund: Personalmangel. Der Wiener Gewerkschafter Josef Sbrizzai: „100 zusätzliche Beamte wurden uns versprochen - bis jetzt sind es erst 37. Er glaubt nicht an eine weitere Aufstockung. Denn: „Viele der 37 Beamten sind aus den Bundesländern zwangsversetzt worden keiner will nach Wien. ”“

Der negative Eindruck wird natürlich von folgenden Meldungen vollends abgerundet: „*Im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen auf der Ostautobahn A4, in Fahrtrichtung Wien, im Gemeindegebiet von Nickelsdorf (Bezirk Neusiedl/See) wurde am 24.01.2008, um 02.40 Uhr, ein von einem 51-jährigen ungarischen Staatsangehörigen gelenktes ungarisches Taxi angehalten und einer routinemäßigen Lenker- und Fahrzeugkontrolle unterzogen. Im Fahrzeug befanden sich noch vier Staatsangehörige aus Serbien und Montenegro, welche sich illegal im Bundesgebiet aufhielten. Ebenso konnte ein weiteres ungarisches Taxi, gelenkt von einem 32-jährigen Ungarn, im Ortsgebiet von Nickelsdorf (Bezirk Neusiedl/See) angehalten werden, in welchem sich ebenfalls vier Staatsangehörige aus Serbien und Montenegro befanden. Auch diese vier Personen hielten sich illegal im Bundesgebiet auf.*“ Presseaussendung der Sicherheitsdirektion Burgenland.

Auf Grund der genannten Tatsachen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

Dringlichen Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, allen voran der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, schnellst möglich folgende Punkte umzusetzen:

- Sofortiger Stopp der unkontrollierten Zuwanderung;

- Sofortiger Stopp der für Österreich kostspieligen Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem;
- Sofortiger Stopp der ausufernden Familienzusammenführung;
- Bedarfsorientierte Zuwanderung nur mehr für Personen mit entsprechendem Hintergrund und Ausbildung;
- Schaffung eines eigenen Staatssekretariats im BMI, das sich nur mit der Fremdenrechtsproblematik, der Integration und der Rückführung von Ausländern befasst;
- Null-Toleranz bei Integrationsverweigerung - Überwachung der Integrationserklärung durch eine eigene Integrationsbehörde und Abschiebung bei Nichteinhaltung;
- Studie über die ökonomischen und sozialen Auswirkungen von Zuwanderung nach Österreich und die sich daraus ergebenden Belastungen für das österreichische Sozialsystem;
- Sofortige Aufstockung der Exekutive um mindestens 1.000 Beamte;
- Sofortige Abschiebung straffälliger Ausländer nach verbüßter Haftstrafe;
- Sofortige Wiedereinführung der mit 21. Dezember 2007 aufgehobenen Grenzkontrollen."

In formeller Hinsicht wird verlangt, diesen Antrag im Sinne des § 74a Abs. 1 iVm § 93 Abs. 1 GOG-NR zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln und dem Erstantragsteller Gelegenheit zur mündlichen Begründung zu geben.